

Erscheint täglich
ausgenommen mit Ausnahme des
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 J., 1/2jährlich 1.50 J.
vierteljährlich frei ins Haus. Durch
den Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezählbar, kostet
monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.

Volkshblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.

Telegraphische Adresse: Volkshblatt Halle/Saale.

Verantwortlich für Wahrheit und Recht.

Nr. 68.

Donnerstag den 22. März 1894.

5. Jahrgang

Heute

bildet die Sozialdemokratie den Mittelpunkt der öffentlichen Ereignisse. Es kann daher dem Arbeiter nur eine Lesart kommen, welche, wie das „Volkshblatt“, den tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Gegenwart ständig die weitgehendste Aufmerksamkeit schenkt. Aus diesem Grunde werden wir uns mit dem Raufen des Vierteljahreswechsels an unsere Leser mit dem Gründen, für das „Volkshblatt“ einzutreten.

Das „Volkshblatt“ steht seit seinem Bestehen für die Rechte der Arbeiter auf der Schanze. In dem Wachen unseres Leserkreises trotz der schwierigen Verhältnisse, trotz der heftigsten Konkurrenz des Großkapitals sehen wir mit Genugthuung die Anerkennung für unser Streben, stets unerschrocken die Rechte der Arbeiter zu wahren. Jedoch ist es noch lange nicht genug mit dem bisher Geschehenen. Die Unternehmerpresse aller Art, mag sie einen Parteienpunkt vertreten, welcher es sei, oder mag sie die Masse der Unparteilichkeit vornehmen, sucht die politische Urteilskraft des Volkes zu unterdrücken und tritt tagtäglich die Interessen der ehrlichen Arbeit zu Füßen. Sie muß daher aus dem Heim der Arbeiter, aus der Wohnung jedes politisch reifen Menschen verschwinden.

Die Margarine.

O. M. Unseren unerlässlichen Agrariern ist die Margarine von jeher ein Stein des Anstoßes gewesen. Sie waren daher von Anfang an bestrebt, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Margarine zu beseitigen. Vorzüglich ihrer Tätigkeit verdanken wir das Margarinegesetz vom 12. Juli 1887, in das sie eine Reihe von Bestimmungen lancierten, durch welche, wie sie glaubten, der Verkauf der Margarine möglichst verhindert oder erschwert werden könnte. Wir wollen nur den § 3 jenes Gesetzes hier anführen. Er lautet: „Die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbmäßig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallenden Stellen eine deutliche, nicht verwechslbare Aufschrift tragen, welche die Bezeichnung „Margarine“ enthält. Wird Margarine in ganzen Gebinden oder Kisten gewerbmäßig verkauft oder feilgehalten, so hat die Aufschrift außerdem den Namen oder die Firma des Fabrikanten zu enthalten. Im gewerbmäßigen Einzelverkauf muß Margarine an den Käufer in einer Umhüllung abgegeben werden, welche eine die Bezeichnung „Margarine“ und den Namen oder die Firma des Verkäufers enthaltende Aufschrift trägt. Wird Margarine in regelmäßig geformten Stücken gewerbmäßig verkauft oder feilgehalten, so müssen dieselben von Würfelform sein, auch muß denselben die vorbestimmte Aufschrift eingedrückt sein, sofern sie nicht mit einer, die Aufschrift tragenden Umhüllung versehen sind. Der

Bundestrat ist ermächtigt, zur Ausführung der in Absatz 1—3 enthaltenen Vorschriften nähere im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen Bestimmungen zu erlassen.“

Was nun aber die Agrarier nach Inkrafttreten des Gesetzes erwarteten, nämlich einen Rückgang des Margarinekonsums, trat nicht ein, sondern gerade das Gegenteil. Sie hatten durch das Gesetz selbst für die Margarine Bekanntheit gemacht, so daß immer weitere Kreise des Volkes sich dem Konsum derselben anwandten. Infolgedessen wuchs die Produktion von Margarine von Jahr zu Jahr, so daß nach dem Referat, welches der Deutscher Reichstag in der Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 7. März in Berlin hielt, momentan 80 Fabriken im Reiche bestehen, die im Jahre 12 Millionen zentner Margarine produzieren. Man ersieht hieraus, wie wichtig dieses Nahrungsmittel für das Volk sein muß, wenn es in solcher Menge verbraucht wird. Die Margarine erzieht einen großen Teil der Natur-Butter, und das ist es eben, was den Agrariern nicht gefällt. Sie meinen, daß dadurch die Butterpreise gedrückt werden, was ihnen viele taubende von Markt Schaden verurteilt. Möglichst hohe Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft auf Kosten des Volkes zu erzielen, ist aber das Bestreben der Großgrundbesitzer und wird es bleiben, so lange sich die Nation von ihnen rufen läßt. Sie sind daher immer rührig an der Arbeit und nützen jedes Vorkommnis aus, welches ihnen eine Handhabe bietet, um dem Volke die notwendigen Lebensmittel zu verneinen.

Da kommen ihnen dann die Butterverfälschungen rechtlich zu Hatten, welche in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sind, um abnormals der Margarine eine auszuweichen, obgleich eine Reihe von Butterverfälschungen gerade aus den Kreisen der Agrarier stammt, was von den Margarinefabrikanten nicht gelagt werden kann.

Herr Ministerdirektor Dr. von Krosigk meinte in der vorerwähnten Verammlung als Korrekturen: Es sei namentlich zu verlangen, daß der Margarine ein der Butter möglichst unähnliches Ansehen gegeben werde. So weit, wie einer seiner Kollegen bei der Beratung des Margarinegesetzes ging, indem er verlangte, daß die Margarine blau gefärbt werden sollte, ging also Herr von Krosigk nicht. Verschieden will er sie, wie dies bei seinem die Blaufärbung wünschenden Kollegen der Fall zu sein scheint, dem Volke, wie sich wohl amehnen läßt, also nicht, aber die Margarine soll ein der Butter möglichst unähnliches Ansehen bekommen. Zu diesem Zweck soll der Zusatz von Milch und Rahm — was bekanntlich die Margarine schmackhafter macht — verboten werden.

Würde dieser Wunsch des Herrn Geley, so würde sicher der Konsum von Margarine bedeutend herabgehen, ein blühender Industriezweig auf geschäftlich, viele darin beschäftigte Arbeiter müßten entlassen werden. Was kümmert aber dies die Herren Lebensmitteldirektoren! Wenn sie sich nur ihre weiten Taschen füllen können, dann ist nach ihrer Ansicht alles gut und schon im Lande eingerichtet. Denn es ist wohl nicht zu befechten, daß durch die gewöhnliche Maß-

regel die Nachfrage nach Naturbutter steigern würde, wodurch wieder eine Preissteigerung derselben eintreten müßte. Die Profite der Junker ständen dann nach dieser Seite in üppiger Blüte, sie hätten hier erreicht, was sie wollten. Man einige sich schließlich in belagter Verammlung des deutschen Landwirtschaftsrates zu einer Resolution, wo es unter anderem heißt:

Margarine und Butter dürfen nicht in demselben Verkaufsladen feilgehalten oder verkauft werden.

In Wirtshäusern, Restaurationen und Pächereien, wo statt der Butter Margarine Verwendung findet, ist solches durch öffentlichen Anschlag bekannt zu geben.

Ueber die letzte Forderung kann man verschiedener Meinung sein, wenn sie lediglich dem Geheile entspricht, das Volk vor Täuschungen zu bewahren. Jedoch das ganze Tum und Treiben der Agrarier läßt eine solche Annahme nicht zu, es beweist dies, daß sie nur bestrift sind, auf Kosten des Volkes ein Leben herrlich und in Freuden zu führen, obgleich sie sich minutar bemühen, ihr Treiben in muthwillige Formen zu kleiden. Sie verhehlen sich eben auf ihr Geschäft, sie suchen aus allem für sich Profite zu machen, die jeweiligen Verkommnisse in ihren Dienst zu stellen. Das letztere tritt recht deutlich bei der Behandlung der Steuerfragen hervor.

Bekanntlich findet der Finanzminister wenig Anhang mit seinen Steuerplänen. Gleich sind die Agrarier da und präzisieren eine Margarinesteuer, die in die hundert Millionen einbringen soll und welche sie nach Osten der Regierung unterbreiten wollen. Bei der jetzigen Zusammenziehung des Reichstages ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Agrarier hätte erreicht, was sie gegenüber der Margarine wollen: Verneuerung derselben, wenn momentan ihre gänzliche Beseitigung nicht möglich ist. Bei aller solcher Thätigkeit aber behaupten sie, zu Ruh und Frommen des Landes, zum Heile der Nation zu wirken und zu fördern die Sozialdemokratie, die es wirklich ehrlich mit dem Volke meint, als volksfeindlich und bergehen. Wann endlich wird das Volk diesen „notleidenden Schriftkernern“ ihr elendes Handwerk legen?

Wandtschan.

Der russische Handelsvertrag ist am 20. März in Kraft getreten. Die übertriebenen Befürchtungen und Hoffnungen, die sich an das sechsjährige Vertragsverhältnis mit Osteuropa knüpfen, werden sich nicht erfüllen. Die deutsche Landwirtschaft wird nicht zu grunde gehen, denn die Preise werden nicht erheblich weichen, die deutsche Industrie wird auch keinen großen Anstoß nehmen, wie in manden Parteienkreisen, so von dem Verfasser des von uns unlängst veröffentlichten Artikels erhofft wird, denn das unter den Folgen einer schweren ökonomischen Krise leidende Ausland ist nicht sehr kaufkräftig.

Kaltes Blut thut auch hier nur. Der russische Handelsvertrag wird weder der Verwüster der Landwirtschaft noch

Landes Stolz gewesen sein würde. Kobonofski besonders war noch jetzt — trotz der überhandnehmenden Leiden — ein schon zu nennender Mann, mit hellen blauen Augen, blondbem Bart und langen lichtbraunen Locken. Er war ein begabter Maler und lediglich seßhaft geworden, weil er die Familie eines im Ausland lebenden russischen Adligen als Wittib und weil die Frau des Adligen ihm nahe verwandt war, unterstützt hatte. Mit Politik hatte sich Kobonofski nie beschäftigt, er führte nur den Titel, nie die Feder. Seine junge Frau hatte ihn in die Verbannung begleitet, unterwegs war ihnen ein Knab geboren worden, das nur wenige Tage gelebt hatte, weil ihm die Mutter nicht die erforderliche Pflege angedeihen lassen konnte. Felix thut, wie sich bei der Ermüdung des kleinen Weizens Frau Kobonofskis Augen mit Thränen füllten.

Witkita befand sich zufällig auf der Straße, als ein Studentenaufstand entstand. Aus Reugier blieb er stehen und als er sah, daß die Kräfte mit der Kunde über die Studentenherfellen, bemerkte er entrückt, daß dies eine Schmach sei. Ein Polizeibeamter hörte seine Worte und nahm ihn fest, worauf er, nachdem er ein Jahr im Transportgefängnis zu Moskau zugebracht, mitten im Winter nach Surgut gebracht wurde.

Sachin und Petuhof waren bei einem Studentenkrampf beteiligt gewesen, verhaftet und auf administrativem Wege verbannt worden. Von allen Anwesenden war nur Witkita ein eigentlicher politischer Verbreiter. Er war ein famatlicher Adlig und hatte als Lehrer in einer geheimen Druckerei gearbeitet. Seine Unterdrückungsdauer währte mehr als vier Jahre, jedoch er schließlich geisteskrank geworden war. Man brachte ihn nach Surgut, wo er mit dem Ertrag von Potentillen seine geringen Bedürfnisse befriedigte. Mit einem wirklichen Verbreiten hatte auch er nie in Verbindung gestanden. (Fortsetzung folgt.)

50)

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.
(Nachdruck verboten.)

Schon nach einer halben Stunde fühlte sich Felix unter dem neuen Bekannten vollkommen wohl. Durch den Rauch des nicht gerade ambrosischen Tabaks ließ er sich, dem Räte seines Gastfreundes folgend, ebensovienig genieren, als durch die etwas zweifelhafte Reifeinheit des ihm vorgelegten Getränkes, denn er sagte sich sehr wohl, daß weder die besten Sorten Tabak noch Thee hier in Sibirien und am wenigsten für die Verbannten erhältlich waren.

Die Unterhaltung ward bald eine recht lebhafte, nur Nikolaus, das Faktotum, nahm nicht daran teil, sondern begnügte sich damit, den Aufwärter zu spielen, selbst tüchtig zu trinken und zu rauchen, und jedem, der ihn ansah, freundlich zuguniden.

Katürlich richtete sich das Gespräch zuerst auf das Verbannungssystem und seine verderblichen Wirkungen.

„Es dürfte Herrn Volkshofst interessieren, zu vernehmen, weshalb er hier am Ende der Welt anstehende Bekanntheit anknüpfen kann,“ begann Kobonofski mit einem Blick auf die Anwesenden. „Wärlis Geschichte kennt er, also will ich den Anfang machen.“

In lakonischer Weise erzählte jetzt einer der Verbannten nach dem anderen den Grund seiner Verbannung und Verbannung. Alle Berichte liefen nicht nur den Eindruck der Wahrheit hervor, sondern wurden auch von dem Gefängnisarzt und dem Hauptmann bestätigt. Alle aber enthielten ein furchtbares Drama, eine erschütternde Kette von Einzelheiten, welche das System, aus dem sie hervorgegangen waren, als ein Non plus ultra der Ungerechtigkeit und Thorheit erscheinen ließen.

Vor Felix Volkshofst selbst von dem gräßlichen Schick-

sal der Einfernung und Transportation erreicht wurde, hatte er den Gerichten, welche über die Handhabung der Verbannungspraxis in die Defensivität gewollten waren, nie vollen Glauben zu schenken vermocht. Er hielt, was man ihm mitteilte, für übertrieben, weil es ihm unmöglich schien, daß man in einem Lande, das sich mit Stolz ein Kulturland nennt, am Ende des 19. Jahrhunderts noch solch mittelalterlichem Barbarismus fröhnen könne. Er hatte auch zu der Ansicht geneigt, daß der weitaus größte Teil der politischen Verbannten aus vertriebenen Adligen und Revolutionären bestche, wenn er natürlich auch von mancherlei Opfern der willkürlichen russischen Justiz Kenntnis erhielt. Auf seiner Reize hatte er jedoch wenig erlebt und gesehen, um seine Meinung gründlich zu ändern. Weber unter den politischen noch den administrativ Verbannten waren die Adligen sehr zahlreich; der größte Teil derselben, welche er kennen lernte oder deren Schicksale man ihm erzählte, wurden auf Verdachtsgründe hin festgenommen, welche in einem anderen Lande lächerlich erscheinen wären, oder sie fielen als Opfer einer Vorwitz, gegen welche diejenige der Frau im Märchen, die über einen Pfaffen im Keller weinte, weil sich ihr noch gar nicht geborenes Kind möglicherweise daran verletzen könnte, noch als berechtigt anzusehen. Viele der Verbannten wissen kaum, weshalb sie deportiert werden, manche sind nicht einmal die Anhänger freier Ideen und infolge rein äußerlicher Umstände in den Fessel der allmächtigen Polizei hineingeraten. Was kommt es denn der russischen Justiz auf ein paar Menschen an? Menschen sind ihr rechtlos, nur zum Steuerzahlen geborene Sklaven des Jaren, über deren Körper sie richtsichlos disponiert und deren Geist sie erdrückt, wo sie ihn findet.

Die Männer, welche ihn heute abend umgaben, waren mit Ausnahme des Faktotums lauter fröhliche, blühende, hochintelligente Männer, deren Kraft auszumenden jedes anderen

der Heilbringer der Industrie werden. Die Krisis, unter der wir leiden, wird besten Falls etwas abgemildert werden, die Arbeitslosigkeit wird nicht erheblich abnehmen, und so sind die hochgedrungenen Hoffnungen nicht am Platze.

Die Stellung der Sozialdemokraten im Reichstage zu der **Denkmalsfrage** kommt der bürgerlichen Presse recht gelegen, denn sie hat an derselben wieder einmal entdeckt, daß die Sozialdemokratie antimonarchisch ist. Diese „Entdeckung“ ist für uns Veranlassung, folgendes hübsche Intermezzo aus dem Reichstage hier wiederzugeben. Der Abgeordnete Singer hatte erklärt, daß die Sozialdemokraten gegen die Forderung Rinnern würden und, wenn die Konterwärtigen behaupteten, damit eine Dankesspflicht zu erfüllen, so sei es bisher Brauch gewesen, sich einer Dankesspflicht auf eigene Kosten zu entziehen. Darob großes Gekschrei und Augenwedern bei sämtlichen Parteien. v. Mennigen meinte ganz erlautet, das wäre ja eine offene Erklärung gegen die Monarchie und es ist sehr gut, diese Stellungnahme zu erfahren. Der große Staatsmann muß die letzten 20 Jahre hindurch in den Wälfen geschwehrt haben, denn wenn er jetzt noch nicht wußte, daß die Sozialdemokratie eine republikanische Partei ist, dann wird er es wohl auch nicht bis an sein Lebensende erfahren. Der blige Zentrumsmann, Herr Weber, gab seiner Verbitdung Ausdruck über die tiefe Klart, welche das Hans von der äußersten Linken schreide, und der antimönarchische Vorkämpfer meinte, die Sozialdemokraten würden bald am eigenen Verle erfahren, daß die große Mehrheit des Volks monarchisch sei. Weil die diese letzten Reden, die ihm, als sei die Sozialdemokratie eine ganz neue Partei, die jetzt erst ihre Geltung offenbare, in einer Weise, die hoffentlich für die Zukunft jeden Zweifel ausschließt. Da die Herren sich einbilden, die Arbeiter würden der Sozialdemokratie den Rücken kehren, wenn sie von ihrer republikanischen Gesinnung erfahren, so wollen auch wir in diesen Blatte, welches fast ausschließlich von Arbeitern gelesen wird, die beiden Hauptansprüche bekräftigt vorbringen. Sie lauten: „Die deutsche Arbeiterklasse ist über unsere prinzipiellen Forderungen niemals im Dunkel geblieben, wir haben uns unter antimonarchischen, republikanischen Gesinnung niemals das geringste Verle gemacht, ebensowenig uns unter sozialistischen Gesinnung. Die Endziele des Sozialismus sind überhaupt ohne den Republikanismus nicht zu erreichen. Wir wissen vollkommen, was wir thun, und wenn Sie meinen, daß Sie uns mit Ihren Hümpeln bei den breiten Massen des Volkes auch nur einen Fuß breit Boden abgraben, täuschen Sie sich ganz gewaltig.“ Aber auch wenn wir auf dem Boden der Monarchie ständen, würde es sich fragen, ob wir für den gegenwärtigen Fall für die verlorene Beruflichkeit das Denkmäl zu bewilligen hätten. Daß wir denselben Beruflichkeit, die zwölf Jahre lang das Sozialistengesetz über uns gebracht hat, kein Denkmäl geben, verleiht sich von selbst.

Wir denken, das ist deutlich, und nun werden die Leier anderer Blattes wohl in hellen Tönen davonbringen. Oder?

22 Millionen Silbergeld werden von der Reichsregierung ausgetragt werden. Das Verhältniß des Goldes zum Silber wird bei der Ausprägung auf 1:15 1/2 ankommen, d. h. eine Goldmünze in der Größe eines Talers würde fünf gelten, wie 15 1/2 Silberthal. Da nun aber in Wirklichkeit das Verhältniß beider Metalle zu einander etwa 1:37 1/2 beträgt, somit das Pfund Silber nicht 15 1/2, mal billiger 37 1/2, mal billiger ist als ein Pfund Gold, die Regierung somit bei Ausprägung der Silbermünzen bei weitem nicht jenseit für Anfang von Silber auszugeben braucht, als die ausgeprägten Silbermünzen im Vertriebe zu sein, so profitiert die Regierung durch die beabsichtigte Silberausprägung 10—13 Millionen Mark.

Das Lehrereid in Preußen ist jüngst von der kompetentsten Stelle offen anerkannt worden. Als in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 12. ds. die jenseitlichen „Schulreformer“ ihre Klage über die Schulstellen aufnahmen, erklärte demgegenüber der preussische Kultusminister Dr. Hoffe, nachdem er zugegeben, daß für die Schulen bisher nicht die genügenden Mittel im Etat ausgelegt worden wären, in der Budgetkommission die Lehrfrage weitgehend erörtert worden, und fuhr dann wörtlich fort: „Ich hoffe, ich werde nicht nötig haben, noch weiter hier darauf einzugehen. Dies ist der ganze Sinn dessen, was in der Budgetkommission über meine Ansicht erklärt worden ist: an ein sogenanntes Lehrereidgesetz Gesetz anzusetzen und dadurch herbeizuführen, daß wir zu erträglichen Zuständen kommen. Daß aber in Westpreußen noch sehr Vieles zu wünschen übrig bleibt, das können Sie einfach daraus sehen, daß von den 359 Schulstellen in Westpreußen 200 Lehrer noch ein Einkommen von 451 bis 600 M. neben Wohnung und Feuerung haben. Ja, meine Herren, nun frage ich Sie: wie soll der Lehrer das machen, mit einem Einkommen — ich will einmal den Durchschnitt nehmen — von 540 M. sich einen Etat zu machen, bei dem er als anständiger Mensch auskommen kann? Durch Zufall bin ich in die Lage gekommen, den Etat eines jungen, sehr verständigen, parlamen Lehrers zu sehen, und er seiner Mutter geschickt hat; bei dem Etat ergab sich, daß derselbe nicht in der Lage war, sich seinen schriftlichen Not durch einen neuen zu erziehen. Ich muß daher fragen, daß die Leute wenigstens die notwendige Kompetenz haben; das sind keine Ideale und sind keine zu weit gehenden Ansprüche; das muß Preußen für seine Volksschullehrer unter allen Umständen erreichen. Das werden wir erreichen, und zwar auch ohne zu große Belastung der Gemeinden, und dahin werde ich mit allen Mitteln, die mir zu gebote stehen, streben, daß wir zunächst wenigstens das bekommen, daß wir das Notwendige erreichen. Das sind wir unseren Lehrern schuldig. Nun wir es nicht, so kann auch der fröhliche Lehrer auf die Dauer nicht mit Fröhlichkeit seines Amtes warten. Also darauf geht mein Wunsch hin. Daß wir das ganze Schulwesen auf eine übermäßige Höhe heben wollten, ja, meine Herren, die Gefahr liegt leider noch sehr weit. Nein, helfen Sie mir nur darin, daß wir die notwendigen Kompetenzen den Lehrern gewähren — ohne die sie überhaupt nicht existieren können; dann werden Sie auch im inneren Schulwesen weiter Sie auch das ausführen — ich werde

hoffentlich in der Lage sein, Ihnen Vorschläge nach der Richtung hin in der nächsten Session vorzulegen — indem wir ernstlich dahin trachten, unsere Schulstellen und ihre Verteilung auf eine bessere und gerechtere Basis zu stellen, als es bisher bei besten Willen möglich war.“

Die berühmte preussische „Kultur“ erweist unter dieser Ministererklärung in ganz besonders heller Beleuchtung.

Auf der einen Seite Maßregelung, auf der anderen Seite Verlohnung, so ist es auch in Frankreich. Wir berichten kürzlich von der Maßregelung des Bürgermeisters Cavagnac von Carmaux, weil er sich als geweiher Vergarbeiter fortgesetzt der Interessen seiner ehemaligen Berufsgenossen nicht erkräftig annahm. Aus demselben arbeitereigenen Geiste geboren ist eine andere Maßregel, die freilich für die Betroffenen keine Strafe, sondern eine Verlohnung ist. Der Richter von Besunne, der während des Kohlenarbeiter-Ausstandes sich alle Mühe gab, den Arbeiterverein aufzulösen, und der Regierung Nachrichten zukommen ließ, worin er die Mittel angab, um die Arbeiter-Organisation zu zerlösen, ist kürzlich befohlen worden. Er wurde zum Staatsanwalt ernannt mit einer wesentlichen Gehaltserhöhung. Die demokratischen Zeitungen tadeln diese Ernennung, und erklären, daß jeder Beamte jetzt für die Thaten belohnt wird, die er gegen die Kohlenarbeiter verrichtet. Er leistete den Kohlenbergwerkstätten vollkommene Dienste und verlegte die Verhaftungen der Vergarbeiterführer. Da entspricht es ganz den kapitalistischen Neigungen der Regierung, solchen Verdienste auch die Anerkennung zu verschaffen.

Ein zum mindesten merkwürdiger Akt von **Rückständigkeit** trat nach der „Pres. Ztg.“ in Wiesbaden bei einer der letzten Schwurgerichtssitzungen zu Tage. Angeklagt war eine Kleidermacherin Frau Wilhelmine Brenner wegen Meineids. Die junge Frau wurde mehrere Wochen lang in Untersuchungshaft gehalten. Als sie endlich vor den Geschworenen erschien, stellte sich bald heraus, daß die schwere Anklage nur auf einem protokollierenden Formfehler beruhte. Nach Vernehmung verschiedener Zeugen sprachen die Geschworenen die Angeklagte nach wenigen Minuten von dem Verbrechen des Meineids frei, und legten die Kosten der Verhandlung der Staatskasse auf. Der Verteidiger der Frau Brenner, Herr Rechtsanwältin Fritz Sieber, beantragte dann, die Kosten der Verteidigung der — sagen wir, infolge eines Mißverständnisses inhaftierten und dann freigesprochenen Frau ebenfalls der Staatskasse aufzuerlegen. Das Gericht wies nicht, daß eine Verurteilung das vorläge. Die von den Geschworenen freigesprochenen, die schuldlos Inhaftierte muß also auch die Kosten ihrer Verteidigung bezahlen. Wir fragen: Wer entschuldig die Frau für die Pein und Qual des Gerichtsverfahrens? Wer bringt ihr die in der Zeit verlorene Kindheit wieder ein, damit sie weiter als Kleidermacherin ihren Lebensunterhalt verdienen kann? Wer thut überhaupt hier Unrecht und wer muß dafür einstehen? Im Anschluß an diesen Fall sei noch folgendes Vorkommnis vor demselben Schwurgericht erwähnt. Eine wegen Meineids angeklagte Frau wird von den Geschworenen freigesprochen. Sie war vorher im Gefängnis als Untersuchungshäftling interniert gewesen. Jetzt ist sie endlich frei. Und dennoch ist sie nicht in Freiheit. Trotz des Grundes des Verteidigers, ihr zuerst zu gestatten, wirklich frei zu sein und gelegentlich aus dem engeren Gefängnis ihre Habseligkeiten abholen, muß die von den Geschworenen freigesprochene unter polizeilichem Geleit direkt nach dem Gefängnis zurück, um ihre Sachen in Empfang zu nehmen. Sie bleibt also trotz des Freispruchs noch eine Art Häftling, oder zum mindesten noch für eine Zeit lang der Freiheit beraubt.

Ein deutscher Spion ist nach einer Meldung aus Paris am Dienstag in Poissy verhaftet worden.

Aus dem Prozeß Pfaff-Schweinhagen schält der „Vorwärts“ folgendes heraus: Herr Schweinhagen hat ein sehr dankenswertes Eingekommen in seiner Verteidigungsrede, die dadurch zu einer scharfen Anklage gegen ihn selbst wurde, gemacht. Er hat nämlich eingestanden, daß er ein Luchtpöbel war, daß er das Material zu den Geheimbündnissen, ja auch zu der berechtigten Kritikerin Proschüre geliefert hat. Uns war dies nichts Neues. Wer den Jülicher „Sozialdemokrat“ geleitet hat, mußte Weisheit, was von Schweinhagen zu halten war, und wir haben der „Kreuzzeitung“ und „Staatsbürger Zeitung“ des öfteren mit Kennzeichnung ihres eifrigen Parteigängers und Mitarbeiters gegn. Interessant war für uns aber das eine, daß auch die Heeresverwaltung und die Militärjustiz der geheimen Polizei zur Zeit des Sozialistengesetzes Gefälligkeiten erwiesen haben. Ehren-Schweinhagen war Vertreter, landesständig und von den Zivil- und Militärbehörden verfolgt, und doch ist ihm nichts geschehen, frei lehrte er nach Deutschland zurück, unbehelligt blieb er, er wurde auch aus dem von der Leistung seiner Militärpflicht entbunden, weil er als Tod- und ganz gemeiner Pöbel die Sozialdemokraten ans Messer geliefert hat. Ehrenvoll für die Polizei und die Heeresverwaltung war die Verteidigungsrede ihres ehemaligen Schützlings nicht.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Wien teilte Genosse Dr. Adler mit, dem bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag werde eine große Anzahl deutscher Vertreter benommen. Der Parteitag werde seine jetzigen Entschlüsse des Zurückweichens, aber auch keine tollkühnen Entschlüsse fassen. Ein Massenanstand sei möglich, aber es wäre sinnlos, so zu thun, als könnte ihn die Arbeiterkraft von heute auf morgen machen.

Der Jahrestag der Pariser Kommune ist in Frankreich niemals feierlicher begangen worden und niemals glänzender verlaufen als gerade heute, wo von der Tribüne der französischen Kammer herab die rote Fahne als ein Fehlen, jedes Lob der Kommune als eine Apologie von Verbrechern bezeichnet und der Ruf: „Es lebe die Kommune!“ vom Präsidenten der Kammer als ein aufwärtiger gehandelt wurde. Am glänzendsten ist, die Kommunefeier natürlich in Paris begangen worden, wo, die man dem „Vorwärts“ von dort schreibt, sich kein einziges Arbeiterviertel befindet, das nicht die Erhebung vom 18. März 1871 teil

am Sonnabend, teils am Sonntag in der verschiedensten Art — durch Bankette, Konferenzen, Versammlungen u. — gefeiert hätte und wobei nicht der Ruf: „Es lebe die Kommune!“ einen größeren Widerhall als je gefunden hätte. Ein nicht unbedeutendes Verdienst um diese Feier — jedem Verdienste seine Krone — hat sich der Minister des Innern, Herr Raynal, erworben, der unter dem 16. März ein in allen Blättern veröffentlichtes Schreiben an den Polizeipräsidenten richtete, in welchem er diesem anzeigte, daß die Regierung sich jeder Manifestation zur Erinnerung an den 18. März entgegensetze und der Präsekt bemängelte Maßregeln zu treffen habe. Die panamistichen Blätter stifteten dem natürlich Beifall, denn sie hätten gern ihre Revanche der Kommune gehabt, gerade so, wie Raynal seinen Tag.“ Die sozialistischen Abgeordneten beschloßen aber gleich nach Veröffentlichung des ministeriellen Schreibens, die Regierung diesbezüglich zu interpellieren, wodurch sich der Minister des Innern veranlaßt fand, die ganze Sache auf ein Mißverständnis zurückzuführen. So kam es denn, daß zum Horne der Reaktion die Kommunefeier glänzender denn je begangen wurde.

Eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung fand am Sonntag, 18. März, im Kanton Zug statt. Es handelt sich dabei um folgende Punkte:

1. Einführung des proportionalen Wahlsystems unter Abschaffung der fünfzehn, der konservativen Mehrheit respektive der Wahl durch die Mehrheit des Volkes reservierten Kantonsratsplätze. 2. Ausdehnung der Wahlkraft auch auf die Richter und Erweiterung und Beseitigung des faktitiven Mehrstimmens sowie der Distrikte. Ersteres kann von 800 letztere von 800 Stimmberechtigten verlangt werden. 3. Gleichmäßige und gerechtere Regelung des Stimmrechts gegenüber den Falliten des alten und den Kontraktanten und Ausgehenden des neuen Rechts. 4. Vereinfachung des Gerichtswezens. Überwindung der Straftaten durch die Gerichte statt durch die Verwaltungsbehörden. Eventuelle Einführung gewerblicher Schiedsgerichte. Garantie der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes bei ausgenommenem Bedürfnis statt des bisher allzu dürftigen Armenrechts. 5. Strafrechtliche Vorschriften für die bürgerlich nötige Regulierung der vermögenden Doppelverhältnisse. 6. Einführung der obligatorischen Notstandsversicherung.

Mitteilungen über das Abstimmungsresultat liegen noch nicht vor.

In Dänemark wird bei der eben beschlossenen Armee-reform eine Extraparis von 250000 Kronen (circa 700000 M.) an 400000 Dienstjahren erzielt.

Einen großen Studenten-Unmut gab es diese Tage in Warschau. Die Studenten hatten eine Abordnung an den Rektor entsandt und forderten die Delegation des Studenten Silberstein, weil er ein politischer Spion sei und mehrere Kommissionen bestohlen habe. Der Rektor gab eine ablehnende Antwort. Kaum war dieser Weisheit bekannt geworden, so rotteten sich hunderte von Studenten, die sich in den Korridoren, auf den Treppen, in verschiedenen Hörsälen a. i. v. befanden, zusammen und stürmten unter dem Rufe: „Silberstein ist ein Spion; er muß fortgeschickt werden!“ vor das Rektoratszimmer. Die ersten Studenten drangen hinein. Professor Delajoff, der noch in der Univerfariat war, hatte sich mit Faustschlägen einen Weg durch die aufgeregte Menge, wobei er selber angefallen wurde. Die Studenten schrien dem Rektor zu, daß sie so lange in der Univerfariat verbleiben wollten, bis sie den Weisheit von der Delegation des Silberstein hätten, oder von den Kolaten mit Kugelpistolen auseinander getrieben würden. Dem Rektor gelang es, durch eine Hinterlist, die er eintrat, seine Freiheit wiederzugewinnen. Selbsterweichte erhielt bald darauf die Studenten die Nachricht, daß Silberstein in zwei Tagen relegiert würde. Die Studenten haben beschloßen, die Vorlesungen nicht eher wieder zu besuchen, bis Silberstein überhauptlich die Univerfariat verlassen hat.

Die Scheidung des dicken Milan von Serbien von seiner schonen Katalin, der eifrigen Kaiserfreundin, ist aufgehoben worden — weil es die Staatskassen verlangt. In einigen Jahren findet man vielleicht wieder, daß die Scheidung doch rechtsgültig ist. In Serbien kann man wohl sagen: vor dem König ist kein Ding unmöglich.

Zur Arbeiterbewegung.

In der Fabrikfabrik von Schulte in Bremen ist ein Streik ausbrochen. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt. Der Fabrikbesitzer hat die Arbeiter zur Arbeit gezwungen, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder eingestellt. Der Fabrikbesitzer hat die Arbeiter zur Arbeit gezwungen, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder eingestellt. Der Fabrikbesitzer hat die Arbeiter zur Arbeit gezwungen, die Arbeit wieder aufgenommen.

In Düsseldorf haben die Arbeiter der Schuhfabrik von Braunig und Collin sämtliche Arbeiter wegen Lohnmangels die Arbeit niedergelegt.

Lokales und Provinziales.

Salze am 21. März.

Für die öffentliche Armenpflege tritt mit dem bevorstehenden 1. April eine nicht unwichtige gesetzliche Bestimmung in Kraft. Danach können solche Gemeindefürsorgestellen verfolgt werden, die in der Lage sind, ihren Angehörigen den notwendigen Unterhalt zu gewähren. Gegen nichtverheiratete Gemeindefürsorgestellen tritt demnach künftig mit aller Strenge eingeschritten werden.

Zur Jubelfeier der Univerfariat hat der Kaiser, wie man sagt, aus seiner Privatkassette 35000 M. zur Verfügung gestellt. **Zahlentwurf.** Sennerich bietet, was noch einmal am kommenden Sonntag in den Meinersberg, Angewandten und in der Rolle des Raoul von unterm Publikum verabschiedet. **Der Herr Senator** wird am ersten Osterfesttage mit Herrn Schreiner in der Mittelrolle erstmalig aufgeführt. Die weiblichen Rollen liegen in den Händen der Damen Minna, Schreiner, Wagner und Miss. Herr Schreiner wird den Dr. Gehring und Herr Bach den Assessor Mittelbach. Am Abend des ersten Festtages geht Goethes „Faust“ in Szene.

Ein weiser Rabe. Eine angenehme Ueberraschung wurde am heutigen Mittwoch früh dem Arbeiter Gnan in der Solgbehandlung des Herrn R. Küttig gebracht zu teil. Es erlitt bei dem genannten Rabe von mehreren Monaten bei seiner Arbeit einen Unfall; nachdem er seit langer Zeit wieder arbeitsfähig ist, wurde er heute ins Kontor gerufen. Wo ihm ein Betrag von 100 Mark als Geschenk überreicht wurde. Für Arbeiter aber jedenfalls ein nachmensliches Bedenke.

Die Elektrizität, welche in ihrer Entwicklungsfähigkeit nur erst zum kleinsten Teile benutzte Naturkraft, ist auch als Beleuch-

Geschäfts-Verlegung.

Mit heutigem Tage verlege mein Geschäft von gr. Klausstraße Nr. 10 nach meinem neuerbauten, vergrößerten Geschäftshause

Große Klausstraße Nr. 9,

(Ecke der Durchbruchstraße nach dem Hallmarkt.)

Meinem bisherigen Geschäftsprinzip, nur beste und solide Qualitäten zu allerhöchster billigen Preisen zu führen, treu bleibend, werde ich auch weiter bemüht sein, meine geschätzten Kunden reell und **billig** zu bedienen.

Indem ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich meine werten Kunden und das geschätzte Publikum von Halle und Umgegend mir weiterhin ihr Wohlwollen zu bewahren.

Hochachtungsvoll

M. Gottheil,

Manufaktur-, Leinen-, Baumwollwaren-, Wäsche-, Weiß- und Wollwaren-Handlung.

Die aus dem Benderschen

Konkurs

herrührenden Waren sollen im Laden **gr. Ulrichstraße 57** zu sehr niedrigen Preisen

ausverkauft werden. U. a.:

Herren-Schaftstiefel, Zugstiefel und Halbhuhe, Damen-Zugstiefel, Knopfstiefel und Halbhuhe, Kinder-Schuhe und Stiefel in reicher Auswahl.

Konfirmanden-Stiefel.

Der Verwalter D. G.

Delinischer-Mehner & Liebscher am Zentral-Bahnhof.
empfehlen sämtliche **Brennmaterialien** zu den billigsten Preisen. Zum Selbst-abbolen Wagen vorhanden. **Tatselbit** werden auch **Kohl-, Eichen- und Möbel-** **Induren** billigst und prompt ausgeführt.

Johannes Kaiser, gr. Steinstr. 82

Halle a. S.

Zigarren - Tabake - Zigarretten.

Spezialitäten:
Nr. 23: 5 Pf. Zigarre 100 Stück 4. 50 s.
31: 6 " " " " " " 5. 50 s.

Eine Wohnung zu vermieten und sofort zu beziehen. Zu erfragen in der **Postfachbandlung, Halberstraße 1.**

Einen **Barbierehrling** sucht **Emil Schuler, Thomassstraße 47.**
Ein **kleines Abonnementbuch** mit **schwarzer Schale** verlieren. Bitte abzugeben **Schleierweg 4, Leopold.**



Leiterwagen,
blau gefirnischt mit Eisenreifen, äußerst **dauerhaft** gearbeitet. **Stück 3 M. 4.50 M., 6. M. und 9 M. empfiehlt**

Robert Plötz,
17 Leipzigerstraße 17.

Kraft, Roggenbrot, 6 Bfd. 50 s., empf. Ed. Eulenstein, alt. Markt 2

Fernsprecher 710.

Otto Knoll

Magazin für **Herrenkleider**
Große Auswahl in **Frühjahrs-Neuheiten** in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung **eleganter Herrenkleider nach Maß** schon von 40 Mark an bis zu den feinsten. **Große Auswahl in fertigen Herren- und Knabenkleidern.**

Leipzigerstr. 87.

Gut erhaltene **Holzstampe** zu verkaufen | **Sophia** Aufpolieren 5 M., **Matrage 3 M., Brode, Trotha, Bachwitzstr. 2** | **Lappzieren** billig an **Wallstr. 3, Sout.**

Nur ganz kurze Zeit. Riesen-Ausverkauf fertiger Herren- und Knabengarderobe in Halle a. S., große Ulrichstraße 52, Ecke Schulstraße. S. Cohn aus Leipzig.

Auszug aus dem Preis-Kourant.

Abteilung I.		Abteilung III.		Abteilung V.	
Herren-Anzüge	Sadfacon, Buckskin von M. 9 an.	Konfirmanden-Anzüge	von M. 9 an.	Pelerin-Mäntel	von M. 16 an.
"	Belour, Cheviot " 12 "	"	hochfein Diagonal " 14 "	Burschen-Pelerin	" 9 "
"	hochfeine Qualität " 15 "	"	Kammgarn " 16 "	Knaben-Pelerin	" 4 "
"	Kammgarn " 17 "	Burschen-Anzüge, gefüttert	hochf. auch mit kurz. Hosen " 6 "	Knaben-Paletots	" 3 "
"	Radetts, Nouveautés " 20 "	Knaben-Anzüge, für Alter 2-8 Jahren	prima " 2.50 "	Gehalts-Anzüge aus Kammgarn	" 32 "
"	hochfein " 26 "	"	hochfein Modell " 4 "	Schlafroste, Doublet, Doppel	" 8 "
Abteilung II.		Abteilung IV.		Abteilung VI.	
Frühjahrs- und Herbst-Paletots	von M. 9 an.	Herren-Hosen in Buckskin	von M. 3 an.	Einzelne Radetts	von M. 4 an.
"	Modische " 13 "	"	Nouveautés-Streifen " 4 "	in Buckskin	" 6 "
"	Kammgarn, Cheviot " 14 "	"	Kammgarn feine Qualität " 5.50 "	in Buckskin	" 1.50 "
"	Nouveautés " 24 "	"	bette Qualität " 7 "	seidene Westen	" 2.50 "
"	mit seidener Futter gefüttert " 32 "	Arbeits-Hosen	von M. 1.10 "	Hosen und Westen	" 5.50 "
Zweireihige Anzüge		Für die feinsten und stärksten Herrschaften.		Abteilung VII.	
hochfein		von M. 19 an.		Bauch-Anzüge	
Gesellschafts-Anzüge in Sadfacon		" 20 "		hochfein	
Einzelne Knaben- und Burschen-Hosen für jedes Alter, sowie sämtliche Herren- und Knabengarderoben-Artikel.		" 25 "		Hosen	
Umtausch gestattet.		" 30 "		von M. 24 an.	
		" 35 "		" 30 "	
				" 8 "	
				Umtausch gestattet.	

